

Niederschrift

über die XVI/14. Sitzung vom **Ausschuss für Soziales, Generationen, Inklusion und Kultur am 07.03.2024** im Bürgerhaus, Hauptstraße 30 (öffentliche Sitzung)

Beginn: 17:47 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder CDU

Hartmut Kohkemper	stellvertr. Ausschussvorsitzender	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Joachim Butenschön	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Christiane Schloten	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Hans-Peter Bolz	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Leon Schloten	sachkundiger Bürger	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr

Mitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Monika Reddemann	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Martin Renzler	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Katharina Calinski	sachkundige Bürgerin	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr

Mitglieder SPD

David Maisey	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Georg Schneider	Ratsmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Simon Weigelt	Ratsmitglied	18:01 Uhr bis 19:01 Uhr
Sümeyya Öztürk	sachkundige Bürgerin	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr

Mitglieder FDP

Berteit Yannick	Ausschussmitglied	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
-----------------	-------------------	-------------------------

Von der Verwaltung

Mario Bredow	Beigeordneter	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Jörg Schiefer	Amtsleitung	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
Scheidweiler Niklas	Verwaltungsangestellter	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr

gewählter Vertreter Behinderte

Schuchart Ilona	Stellvertr. Beiratsvorsitzende	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
-----------------	--------------------------------	-------------------------

gewählter Vertreter Senioren

Karl Heinz Tillmann	gewählter Vertreter Senioren	17:47 Uhr bis 19:01 Uhr
---------------------	------------------------------	-------------------------

A 1. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

Ausschussvorsitzender Maisey begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und keine Bemerkungen oder Nachträge vorliegen.

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 2. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Maisey eröffnet die Sitzung.

A 3. Antrag der CDU-Fraktion - Bezahlkarte in Overath einführen 118/XVI

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkemper erläutert den vorliegenden Antrag der CDU.

Nach den bekannten Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene seit November 2023, sind die Kommunen für die Details zuständig. Grundsätzlich wird die Einführung einer Bezahlkarte begrüßt. Allerdings darf die Möglichkeit der Barzahlung nicht vollständig verhindert werden – so etwa bei Kindern oder Jugendlichen. Notwendig ist die Erstattung etwaiger entstehender Kosten durch das Land NRW. Drittens wäre durch die Stadtverwaltung darzulegen, in welcher Höhe ein Einsparpotenzial besteht.

Ausschussvorsitzender Maisey schlägt vor, zunächst den Antrag der CDU zu besprechen und unmittelbar im Anschluss den TOP 6: Bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber zu diskutieren. Der Ausschuss entspricht diesem Vorschlag.

Ratsmitglied Renzler meldet Beratungsbedarf an.

Grundsätzlich gibt es kein Problem mit der Bezahlkarte - sofern bestimmte Anforderungen eingehalten werden (z. B. Barzahlung, keine Überziehung möglich). Zwar stellt die Einführung der Bezahlkarte eine Vereinfachung der Verwaltung dar, es besteht aber auch die Gefahr einer Verschärfung des Asylrechts durch die Hintertür. Die Punkte zwei und drei sind widersprüchlich: Auf der einen Seite sollen Kosten eingespart, auf der anderen Seite diese ersparten Kosten durch das Land getragen werden. Die Begründung ist darüber hinaus schwierig. Es wird auf den Bericht des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2021/22 verwiesen, nach welchem es 860 Fälle von Sozialmissbrauch im Asylbereich gab. Dies ist im Kontext von über drei Millionen Geflüchteten kein Wert, der eine Einschränkung von Grundrechten rechtfertigt. Auch für Leistungen ins Ausland zur Finanzierung von Schleppern gibt es keine entsprechende Datenbasis. Bei der Idee von Push- und Pull-Effekten handelt es sich um eine überholte Theorie aus den 1970er-Jahren.

Der Antrag ist in Teilen richtig, die Begründung ist aber schwierig.

Die sachkundige Bürgerin Calinski merkt an, dass eine Bezahlkarte nur sinnvoll ist, wenn man mit ihr auch Bargeld abheben kann und es keine Beschränkung nur auf

Overath gibt.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkemper erwidert, dass Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Sicherung des Existenzminimums dienen und eine Zweckentfremdung durch Transfer in die Herkunftsländer unzulässig ist. Die Bezahlkarte verändert nicht den Umfang der Leistung, sondern nur ihre Art. Die Bezahlkarte verringert die Gefahr eines Transfers ins Ausland. Auch innerhalb der Grünen-Partei besteht hier keine einheitliche Meinung. Es handelt sich hierbei nicht um Diskriminierung, sondern um die Umsetzung geltenden Rechts.

Die sachkundige Bürgerin Öztürk verweist auf Kinder an Schulen. Nach der Statistik sind 68 Geflüchtete Kinder. Entweder kann am Schulkiosk mit dieser Karte gar nicht gezahlt werden oder es besteht die Gefahr von Mobbing. In der Theorie ist der Ansatz richtig, in der Praxis ist die Umsetzung schwierig. Zudem funktioniert die EC-Technik oftmals nicht.

Sachkundiger Bürger Berteit nennt als Lösungsmöglichkeit hier eine Bezahlung über den Schülerausweis. Alternativ zielt die Möglichkeit der Bargeldzahlung genau auf solche Situationen wie in der Schule ab. Allgemein muss es darum gehen, das Geld zielgerichteter zu verteilen und Missbrauch zu verhindern.

Ausschussvorsitzender Maisey berichtet aus seiner persönlichen Erfahrung bei den Sicherheitskräften des Bundes. Bei diversen Phänomenen der Hochkriminalität (z.B. Schleusungen, Bandenkriminalität, Prostitution) besteht überhaupt keine Veränderung durch die Bezahlkarte. Auf der anderen Seite sind etwa Internetseiten wie ebay-Kleinanzeigen fester Bestandteil des Alltags von Geflüchteten. Er hat eine ambivalente Position. Die Bezahlung mit Bargeld muss immer möglich sein.

Ratsmitglied Schloten führt zu den Vorteilen von Kartenzahlung etwa auch beim Schulbesuch in Overath aus. In anderen Ländern ist es üblich, ausschließlich mit Karte zu zahlen. Die Bargelddiskussion würde insoweit nur in Deutschland geführt. Grundsätzlich ist die Einführung sinnvoll, die Auszahlung kleinerer Beträge in Bar muss aber möglich sein und ist im Antrag der CDU auch entsprechend vorgesehen. Die Position der Grünen ist hier parteiintern nicht einheitlich. Das Thema muss in den Fraktionen besprochen werden.

Dem schließt sich der Ausschussvorsitzende Maisey an.

Ratsmitglied Renzler bemerkt abschließend, dass er sich nicht gegen die Bezahlkarte als solche, sondern gegen die verwendete Sprache sowie die Unterstellungen in der Begründung ausgesprochen hat.

Die sachkundige Bürgerin Calinski fragt nach, ob der Antrag so zu verstehen ist, dass die Bezahlkarte auf Overath begrenzt wird. Ratsmitglied Schloten erwidert, dass das Gebiet der Rheinisch-Bergische Kreis ist.

Ausschussvorsitzender Maisey hält fest, dass Beratungsbedarf besteht und kein Beschluss gefasst wird.

**A 4. Aktueller Stand AG Spaß im Alter
XVI/1139 - 1**

Dieser TOP wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses verlegt.

**A 5. Quartiersentwicklung Untereschbach
XVII/1195**

Ausschussvorsitzender Maisey erinnert an einen SPD-Antrag in diese Richtung und eine insgesamt schwierige Entwicklung im Bereich Untereschbach. Die Relevanz des Themas zeigt sich auch schon an der Thematisierung bei der dem Ausschuss vorausgegangene Bürgerinformationsveranstaltung.

Beigeordneter Bredow verweist auf die Vorlage.

Gemeinsam mit KOT und der Kirche überlegte die Stadt in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen vor Ort, was man machen könnte. Hierbei wurde ein Tanzprojekt herausgearbeitet. Die Mittel sind entsprechend vom Kreis bewilligt und eingesetzt worden. Ergänzend sind die Mittel für dieses Jahr in Höhe von 1.750 Euro auch bewilligt. Deren Verausgabung wird aber bis zum Abschluss der Evaluation der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurückgestellt.

Die sachkundige Bürgerin Calinski fragt an, inwiefern das Gebiet derzeit bereits belebt ist. Beigeordneter Bredow verweist auf die vielzähligen Aktivitäten der katholischen Kirche als Träger unabhängig von dem Projekt.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkämper erinnert an den gescheiterten Versuch eines Jugendtreffs an dieser Stelle und zieht den Vergleich mit Steinenbrück. Es ist eine erfreuliche Nachricht, dass dort viel passiert. Das grundsätzliche Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 15- bis 35-Jährigen. Die Kette befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Insofern fehlt hier ein Übergang. Er fragt, ob die Kette hier Initiative zeigt und eine Zusammenarbeit stattfindet oder ob sich die jetzige Aktivität lediglich nur auf das Tanzprojekt bezieht.

Beigeordneter Bredow führt aus, dass das Tanzprojekt im Mittelpunkt steht. Bezüglich der übrigen Punkte wird eine Information nach Rücksprache mit der zuständigen Kollegin zu Protokoll gegeben.

Stellungnahme der Verwaltung: Aus Sicht der Verwaltung findet noch zu wenig in Untereschbach statt. Das Tanzprojekt läuft gut, ist aber eher ein Kinderprojekt. Mit dem Geld aus dem Fördertopf des Kreises kann ein kleines Projekt oder eine Tagesaktion für den Stadtteil gemacht werden, aber keine nachhaltige Jugendarbeit. Es wird gehofft, dass sich auch für den Stadtteil Erkenntnisse aus der Evaluation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ergeben. Daneben steht die Verwaltung mit der Kette im Austausch. Hier wird Potential gesehen für eine bessere Vernetzung im Quartier. Ergeben sich aus der Evaluation noch offene Fragen für den Stadtteil soll eine gesonderte Befragung im Rahmen des Förderprojekts stattfinden, um herauszufinden welche Bedarfe genau die Jugend in dem Stadtteil hat.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkämper bittet um eine Einbindung in die Evaluation der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ausschussmitglied Berteit schließt sich dem an. Er hält die Schaffung eines Übergangs für schwierig.

Ausschussvorsitzende Maisey führt aus, dass in der Vorlage auch die Schaffung eines Treffpunkts thematisiert wird. Dieser mögliche Treffpunkt befindet sich auch in fußläufiger Erreichbarkeit zum Sporthotel.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkämper verweist auf einen entsprechenden im JHA diskutierten Antrag der SPD. Kirchliche Räume bieten sich an und sind gerade für das Sülztal wichtig. Diese müssten den Jugendlichen in einer Art Selbstverwaltung

zur Verfügung gestellt werden.

Sachkundiger Bürger Bereit thematisiert die Wichtigkeit von Ruheräumen und die Problematik des Vermüllens etwa um die Fatimakapelle in Much.

Ausschussvorsitzender Maisey lobt die Beteiligung des Ausschusses bei diesem TOP.

Ratsmitglied Butenschön führt an, dass offensiv publiziert werden muss, dass dort ein Treffpunkt ist. Ausschussvorsitzender Maisey verweist auf die Bedeutung von Social Media.

Beigeordneter Bredow beantwortet die Frage vom Sachkundigen Bürger Bereit. Das Betreiben einer Musikanlage kann grundsätzlich Lärm darstellen. Er verweist auf die entsprechenden einzuhaltenden Zeiten und die vorhandenen Entsorgungsmöglichkeiten.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**A 6. Bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber
XVII/1197**

Beigeordneter Bredow führt zu diesem TOP aus.

Momentan läuft ein von 14 Bundesländern initiiertes Ausschreibungsverfahren, dessen Ergebnis für das dritte Quartal 2024 zu erwarten ist. Der Verwaltung ist eine bürokratiearme Umsetzung zur Entlastung wichtig. Auch die Kosten für die Einführung der Karte müssen vom Land erstattet werden. Die kommunalen Spitzenverbände fordern dies bereits sehr klar.

Bezüglich Punkt 3 des Antrages stellt er vorab fest, dass eine Bezifferung des Einsparpotentials schwierig ist. Hier wären genaue Hinweise im Vorfeld des nächsten Ausschusses aus der Politik wichtig, wo hier Ersparungen erwartet werden.

Die Abstimmung im Rheinisch-Bergischen Kreis zwecks kreiseinheitlicher Umsetzung hat bereits begonnen.

Ausschussvorsitzender Maisey hält fest, dass die Kosten der Einführung unklar sind. Wichtig sind die Einheitlichkeit der Umsetzung und die Einhaltung bestimmter Standards. Es besteht Unverständnis, warum letztlich die Kommunen bei einem Beschluss von Bund und Land in der Verantwortung der Umsetzung stehen.

Der Ausschuss nimmt die Angaben der Verwaltung zum aktuellen Sachstand einer bundesweiten Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nimmt die Angaben der Verwaltung zum aktuellen Sachstand einer bundesweiten Einführung der Bezahlkarten für Asylbewerber zur Kenntnis.

**A 7. Statistik über die Flüchtlinge
XVII/1202**

Ausschussvorsitzender Maisey verweist auf die Mitteilungsvorlage und bittet die Verwaltung um eine kurze Stellungnahme.

Amtsleiter Schiefer führt aus, dass die Zahlen und Zuweisungen weiter steigen. Aus Gründen der Belastung der Sozialarbeiterinnen wurde sich in Absprache mit dem Sozialausschussvorsitzenden entschieden, dass in jedem zweiten Ausschuss

diesbezüglich ausführlich Stellung genommen wird.

Ausschussvorsitzender Maisey ruft die angespannte Personalsituation in Erinnerung, dankt den in der Stadtverwaltung zuständigen Kollegen und bittet, den Dank weiterzugeben. Amtsleiter Schiefer führt aus, dass inzwischen eine Krankheitsvertretung eingestellt wurde und eine Mitarbeiterin der Diakonie sowie ein Hausmeister unterstützen.

Ausschussvorsitzender Maisey führt aus, dass nach der Statistik 36 Prozent der Geflüchteten keiner Arbeit nachgehen. Allerdings ist Erwerbstätigkeit in einigen Fällen auch nicht gestattet. Er fragt, ob es möglich ist, eine Zahl zu nennen, wie viele Geflüchtete nicht in Arbeit sind, obwohl sie arbeiten könnten. Beigeordneter Bredow und Amtsleiter Schiefer teilen mit, dass die Stadt hierüber keine Statistik erstellen kann, da es sich in der Zuständigkeit des Kreises befindet.

Ratsmitglied Reddemann ergänzt, dass in der Bürgerinformationsveranstaltung eine Zahl von über 400 genannt wurde und fragt nach dem Unterschied zwischen 400 und 126 Geflüchteten aus der Vorlage. Amtsleiter Schiefer erläutert, dass es sich bei den 126 um die in städtischen Unterkünften untergebrachten Menschen handelt. Beigeordneter Bredow verweist auf den 12-wöchigen Zuweisungstopp und den nach dessen Beendigung entstehenden Druck.

Ratsmitglied Reddemann thematisiert die Tennishallen am Sporthotel. Diese könnten aus ihrer Sicht eine Option sein. Die Äußerungen des Bürgermeisters, der dies kategorisch in der Presse ausgeschlossen hat, hält sie für unglücklich. Beigeordneter Bredow erwidert, dass derzeit auch auf Grund der Tätigkeiten der Bundesregierung nicht davon ausgegangen wird, dass die Zuweisungszahlen in der Geschwindigkeit der letzten Monate steigen beziehungsweise anhaltend hoch bleiben werden. Eine Nutzung der Tennishallen wird verwaltungsseitig derzeit nicht geplant, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden. Ausschussvorsitzender Maisey verweist auf die seit 2015 bestehende grundsätzlich gute Immobilienentwicklung.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Kohkemper ergänzt, dass die allgemeine Stimmung zu kippen scheint. Er vergleicht die jetzige Situation mit 2015: Damals war es wichtig, kleine Einheiten zu schaffen, die möglichst gut integrierbar sind. Heute ist man froh, wenn die Leute überhaupt untergebracht werden können. Allerdings ist auch die Kapazitätsgrenze irgendwann erreicht. Die Bekämpfung der Fluchtursachen übersteigt hierbei die kommunalen Möglichkeiten. Er lobt die gute Vorlage und auch die gute Sitzungsleitung bei der Bürgerinformationsveranstaltung.

Die sachkundige Bürgerin Calinski fragt nach dem schon einmal angesprochenen Wasserproblem in der Unterkunft. Beigeordneter Bredow erläutert, dass es etwas mit der Heizungsanlage zu tun hat und es aber kein baulicher Mangel ist.

Ratsmitglied Butenschön hinterfragt den Satz in der Vorlage „Ungefähr 31 Prozent der in Overath Geflüchteten machen dabei syrische Flüchtlinge aus, von den 12 Prozent insgesamt in Overath vorhandenen Flüchtlingen sind demnach 40 syrischer Herkunft.“ und bittet um Erläuterung.

Verwaltungsseitig wird eine Erläuterung über die Niederschrift zugesagt.

Stellungnahme der Verwaltung: Ungefähr 31 Prozent der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Personen sind syrischer Herkunft. Von den knapp 450 in Overath lebenden Geflüchteten sind 12 % syrischer Herkunft und leben in Gemeinschaftsunterkünften. In Summe sind dies 40 Personen. Hintergrund dieser Statistik war, dass der Personenkreis im Verhältnis mehr in städtischen Unterkünften untergebracht werden muss als Menschen anderer Herkunft.

Die sachkundige Bürgerin Öztürk fragt, ob sie als Ausschussmitglied die Möglichkeit hat,

eine Unterkunft zu besuchen, um sich selbst ein Bild zu machen. Ausschussvorsitzender Maisey erinnert daran, dass in der Franz-Becher-Straße seiner Zeit Besuche durchgeführt wurden – allerdings nicht mit dem gesamten Ausschuss. Beigeordneter Bredow gibt zu bedenken, dass in die absolute Intimsphäre der Personen eingedrungen wird. Dies ist im Einzelfall möglich. Ein Besuch des Sporthotels oder der Containeranlage vor Bezug ist jedenfalls sicher möglich.

Ausschussvorsitzender Maisey teilt die Bedenken hinsichtlich der Zahl der Ausschussmitglieder. Er erachtet den Vorschlag eines Besuchs vor Eröffnung als gut. Amtsleiter Schiefer sichert eine Umsetzung dieser Vorschläge zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

A 8. Anfragen, Mitteilungen Vertreter SuB

Stellvertretende Beiratsvorsitzende Schuchart führt an, dass an der Olper Straße/Ecke Sülztal mehrfach ein Herr zu beobachten ist, der im Rollstuhl sitzt, die Straße zu überqueren versucht. Dort ist keine Absenkung des Bordsteins für Fußgänger erfolgt, was zu einer Beeinträchtigung führt. Seit August 2023 wird diesbezüglich regelmäßig nachgehört. Beigeordneter Bredow möchte diesbezüglich Rücksprache mit der zuständigen Abteilung halten.

Ausschussvorsitzender Maisey möchte dies im nächsten Ausschuss wieder thematisieren.

A 9. Mitteilungen, Anfragen

Mitteilungen oder Anfragen liegen keine vor.

(David Maisey)
Vorsitzende/r

(Niklas Scheidweiler)
Schriftführer/in